

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

14. – 20. Juni 2025

Emmanuel Macron hat sich am 18. Juni klar zur französischen Position im Israel-Iran-Konflikt positioniert. Nach einer Sitzung des Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrates sagte Macron: „Es ist dringend notwendig, diese Militäroperationen zu beenden, die schwere Bedrohungen für die regionale Sicherheit mit sich bringen.“ Der Elysée-Palast gab bekannt, dass Präsident Macron seinen Außenminister Jean-Noël Barrot „in den nächsten Tagen“ mit der Aufgabe betraut hat, gemeinsam mit den engsten europäischen Partnern eine Initiative zu ergreifen. Das Ziel ist die Ausarbeitung einer anspruchsvollen Verhandlungslösung, die den Konflikt beenden könnte. Macron strebt eine enge Zusammenarbeit mit seinen europäischen E3-Partnern, Deutschland und Großbritannien, an. In diesem Zusammenhang kommt es am heutigen Freitag in Genf zu einem Treffen der oben genannten Außenminister mit dem iranischen Außenminister Abbas Araghtchi.

Nach dem Beginn einer militärischen Offensive Israels gegen den Iran am 13. Juni hat der französische Außenminister Jean-Noël Barrot die Sicherheit der französischen Staatsbürger in der Region zur obersten Priorität erklärt. Präsident Emmanuel Macron forderte Maßnahmen, um den Rückkehrwilligen die Ausreise aus beiden Ländern zu erleichtern. In Iran wurden die Franzosen aufgerufen, sich bei der Botschaft zu melden. Eine Ausreise ist visumsfrei über Armenien oder die Türkei möglich. Für diejenigen, die nicht eigenständig zur Grenze gelangen können, werden Konvois bis Ende der Woche organisiert. Zudem prüft Frankreich eine mögliche **Evakuierung per Schiff aus Israel**, in Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium. Auch andere Länder wie die USA und China haben bereits mit Evakuierungen begonnen oder entsprechende Maßnahmen angekündigt.

Der Antrag für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Verbindungen zwischen der linkspopulistischen Partei *La France Insoumise* und dem Islamismus wurde vom Gesetzausschuss der Nationalversammlung mit 29 zu 27 Stimmen für gültig erklärt. Der Antrag wurde von Laurent Wauquiez, dem Fraktionsvorsitzenden der bürgerlich-konservativen Fraktion *Droite Républicaine*, gestellt. Im Rahmen der Konferenz der Parlamentspräsidenten, die für kommenden Dienstag anberaumt ist, wird die Tagesordnung festgelegt werden. Die Anhörungen und die eigentliche Arbeit sollten im Laufe September und Oktober beginnen.

Am 18. und 19. Juni führte Frankreich verstärkt Kontrollen im Zusammenhang mit „illegaler Einwanderung“ durch. Innenminister Bruno Retailleau gab bekannt, dass mehr als 4.000 Ordnungskräfte in Bahnhöfen und Bussen Kontrollen auf der Suche nach „illegalen Einwanderern“ sind. „Seit Anfang des Jahres haben wir 47.000 von ihnen aufgegriffen“, führte der Minister weiter aus. Er betonte, dass illegale Einwanderung in Frankreich nicht toleriert wird und dies unmissverständlich klargestellt werden muss.

Innenminister Bruno Retailleau hat außerdem die Präfekten aufgefordert, anlässlich der Fête de la musique am 21. Juni die Sicherheitsmaßnahmen deutlich zu verstärken. Grund sind die hohe terroristische Bedrohungslage sowie Risiken durch urbane Gewalt und Alkoholmissbrauch. Gefordert werden Zugangskontrollen, Schutz vor Fahrzeugangriffen, Videoüberwachung, das Entfernen von brennbarem Material und mögliche Wurfgeschosse. Auch die Anti-Terror-Einheit „Sentinelle“ wird an sensiblen Orten eingesetzt, um potenzielle Angriffe abzuschrecken und die öffentliche Ordnung zu sichern.

Die Arbeitnehmergegewerkschaften CFTD und die CFTC kündigten am Dienstag eine Verschiebung der Frist für die Gespräche über die Rentenreform mit einem letzten Treffen am 23. Juni an, um die Beratungskunde, die als „Konklave“ bezeichnet wird, nach dreieinhalb Monaten „zu retten“. Der Arbeitgeberverband MEDEF hält sich bisher bedeckt, was eine Teilnahme an einer weiteren Sitzung betrifft. Der Verband sieht grundsätzlich keinen Bedarf an einer neuen Prüfung der Rentenreform, die 2023 durch die Anwendung der Verfassungsklausel 49-3 durchgesetzt worden war. Die Beratungskunde war durch Premierminister François Bayrou initiiert worden. Sollte sie keine Einigung finden, gälte die von Premierministerin Elisabeth Borne durchgesetzte Rentenreform, so Bayrou. Sollte es zu einer Einigung der Sozialpartner kommen, auch wenn diese nur Teilaspekte beträfe, werde er die Reform erneut dem Parlament vorlegen, so der Premierminister.

Frankreich diskutiert über das Recht französischer Bürgermeister, Flaggen mit politischer Dimension zu hissen. Die Frage stellt sich, da mehrere Gemeinden, darunter Saint-Denis (im Norden von Paris), aufgefordert wurden, eine kürzlich an der Giebelseite ihrer öffentlichen Gebäude aufgehängte Palästinaflagge zu entfernen. Am Montag wurde das Rathaus von Nizza (Côte d'Azur) von der Präfektur des Départements ins Visier genommen, weil es seit den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 eine israelische Flagge an seiner Fassade angebracht hatte.

Der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy wurde offiziell aus der Ehrenlegion und dem nationalen Verdienstorden ausgeschlossen. Anlass ist seine rechtskräftige Verurteilung zu einem Jahr Haft ohne Bewährung wegen Korruption und Einflussnahme im Rahmen der sogenannten Affäre Bismuth. Diese Affäre betrifft Sarkozy, seinen Anwalt Thierry Herzog und den Richter Gilbert Azibert. Im Jahr 2014 wurden sie beschuldigt, versucht zu haben, über Azibert geheime Informationen zu laufenden Ermittlungen im Gegenzug für Vorteile zu erhalten. Der Skandal wurde durch Abhörmaßnahmen aufgedeckt, die im Zusammenhang mit dem Verdacht auf libysche Wahlkampfhilfe für Sarkozys Präsidentschaftswahl 2007 durchgeführt wurden. Dabei wurde bekannt, dass Sarkozy ein auf den Namen Paul Bismuth registriertes Mobiltelefon nutzte, um der Überwachung zu entgehen. Der Ausschluss aus den Orden erfolgt automatisch, sobald eine rechtskräftige Verurteilung zu mindestens einem Jahr Haft vorliegt. Sarkozy ist nach Marschall Pétain der zweite frühere Staatsherr Frankreichs, dem diese höchste Auszeichnung aberkannt wurde. Präsident Emmanuel Macron hatte sich zunächst gegen diese Maßnahme ausgesprochen, konnte sie jedoch nicht verhindern, da sie gesetzlich vorgeschrieben ist.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Pierre Danon, der neue Schatzmeister der Partei *Les Républicains*, hat die Parteimitglieder in einem Rundschreiben dazu ermutigt, ihren Mitgliedsbeitrag entsprechend ihrer finanziellen Situation zu entrichten. Gemäß Satzung beträgt der Beitrag 5 % des Einkommens des jeweiligen Mitglieds. Die Finanzierung wird insbesondere für den Präsidentschaftswahlkampf 2027 von entscheidender Bedeutung sein.

DIE ZAHL DER WOCHE

2.200

3	8	4	7
0	2	6	5
5	4	3	1
7	8	9	6
9	2	0	1

Frankreich erlebt seit Beginn der Amtsperiode 2020 eine beispiellose Welle von Rücktritten unter seinen Bürgermeistern: Fast **2.200** Bürgermeister (etwa 6 %) haben ihr Amt niedergelegt, also viermal so viele wie im Zeitraum 2008–2014. Laut einer Studie des *Observatoire de la démocratie de proximité* (AMF-Cevipof/ SciencesPo) sind die Hauptgründe hierfür Spannungen in den Gemeinderäten, geplante Amtsübergaben sowie gesundheitliche Probleme. Anders als medial oft dargestellt, spielen Gewalt oder Angriffe kaum eine Rolle bei den Rücktritten. Nur etwa 40 Fälle konnten damit in Zusammenhang gebracht werden. Über die Hälfte der Rücktritte betreffen Bürgermeister, die erst 2020 neu gewählt wurden, ein Zeichen von Enttäuschung über die Realität des Amtes. Abschließend warnen die Autoren der Studie, dass diese Entwicklung die Attraktivität und Erneuerung des Bürgermeisteramtes gefährdet, obwohl das politische Engagement der Bürger nach wie vor stark bleibt, mit einem von 50 Franzosen, der sich alle sechs Jahre für eine Gemeindevorstellung aufstellen lässt. Die nächsten Kommunalwahlen in Frankreich finden im März 2026 statt.